

Windräder gegen Geld?

Um den Windkraftausbau anzukurbeln, wollen die GRÜNEN betroffene Gemeinden finanziell beteiligen.

BERLIN. Um die Akzeptanz für Windräder zu erhöhen, werben die Grünen für regelmäßige Zahlungen von Windkraftbetreiber an die jeweiligen Kommunen. Die Abgabe für neue Windräder solle bei rund 10 000 Euro pro Anlage und Jahr liegen, heißt es in einem Konzept aus der Bundestagsfraktion. Das Geld solle zu 100 Prozent den Städten und Gemeinden zugutekommen.

Das Modell einer „Außenbereichsabgabe“ sei einfach, rechtlich sauber und komme direkt bei den Kommunen vor Ort an, erklärte der stellvertretende Grünen-Fraktionschef Oliver Krischer. Die Einnahmen würden als „nichtsteuerliche Abgabe“ im kommunalen Finanzausgleich nicht berücksichtigt werden. Das bedeutet, es soll nicht die Gefahr bestehen, dass klamme Gemeinden Einnahmen aus der Abgabe wieder abgeben müssen. Die Abgabe soll bundesweit einheitlich für alle neuen Windenergieanlagen gelten und Parameter wie Anzahl, Höhe und Ertrag von Anlagen berücksichtigen – damit die Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen möglichst wird. Rechtlich umgesetzt werden soll das Modell durch eine Ergänzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Rückendeckung von der SPD

Die SPD unterstützt das Vorhaben der Grünen. „Wenn bei den erneuerbaren Energien ein Teil der Wertschöpfung vor Ort bleibt, schaffen wir zusätzliche Akzeptanz“, so SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch.

„Bereits im Dezember 2019 haben wir uns parteiübergreifend im Vermittlungsausschuss darauf verständigt, Bürger und Kommunen an den Erträgen der Windkraft zu beteiligen.“ Für Ende März stellte er einen mit den Ländern abgestimmten Gesetzentwurf in Aussicht. **dpa**



Der stellvertretende Grünen-Fraktionschef Oliver Krischer Foto: Kay Nietfeld/ dpa